

Niederschrift

zur 25. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 12.04.2016	18:35-22:32 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Stephan Wende,

Fraktion DIE LINKE.

René Benz,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke bis 21:20 Uhr (einschließlich TOP 7.7),

Jens Hoffrichter,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer,

Kai Hamacher,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,

Jürgen Luban,

FDP-Fraktion

Petra Schumann als Vertretung für Herrn Eberhard Henkel,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker bis 20:15 Uhr (TOP 7.5),

Sachkundige BürgerInnen

Heinz Almes,

Thomas Apitz,

Rolf-Peter Hooge,

Karsten Klemt,

Heinz-Georg Lehmann,

Gordon Starcken,

Verwaltung

Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,

Carsten Fettke, Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement,

Anne-Gret Trilling, Öffentlichkeitsarbeit,

Jeannine Albrecht, Fachgruppe Stadtplanung,

Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Guido Strohfeldt, Leiter Stadtmuseum,
Sigrid Daske, Behindertenbeirat,
Elke Neitsch, Behindertenbeirat,
Uwe Stemmler, Märkische Oderzeitung

Abwesend

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel (entschuldigt)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es sind elf stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 22.03.2016

Der ursprünglich für die heutige Tagesordnung vorgesehene Punkt zu den Überschwemmungsgebieten wird auf die nächste Sitzung am 26.04.2016 verschoben, da Herr Weber vom Stadtforst zum heutigen Termin nicht konnte.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende hat keine Informationen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Planungsstand Marktplatz (BE: Fr. Kocanek)

Herr Tschepe gibt einen kurzen Rückblick auf andere Planungen zum Marktplatz. Er stellt Gestaltungsvorschläge des Planungsbüros Sprenger aus dem Jahr 2008 vor, die im Zusammenhang mit anderen Planungen für den öffentlichen Raum im Stadtzentrum erstellt wurden. Das Büro hatte einige Ideenvorschläge.

Frau Kocanek präsentiert ihre Planungen für die Ausgestaltung des Markplatzes. Sie betont, dass der Platz vielseitig genutzt wird. Seine Gestaltung stieß auf Kritik in der Bevölkerung, daher wurde 2014 eine Bürgerbefragung durchgeführt. An der Umfrage beteiligten sich 149 Bürger.

Die Hauptnutzungsgründe sind das Rathaus-Center, die Fürstengalerie, das Stadtfest und der Markt. Positiv beurteilt wurden der Wochenmarkt, seine Ausprägung als zentrale Freifläche mit kleineren Bereichen um das Goßmann-Denkmal. Negativ bemerkt wurde die Anzahl an Sitzgelegenheiten, das fehlende Grün, der Brunnen, die Anzahl und Anlage der Fahrradständer, das Fehlen von Außengastronomie, der Aufenthalt von alkoholisierten Personen. Es kam der Wunsch nach mehr Kontrolle durch Ordnungskräfte zum Ausdruck.

Daraus wurden Schwerpunkte für die Umgestaltung extrahiert: mehr Bänke, mehr Grün, Wasser, Fahrradständer. Die Ausstattung mit Sitzgelegenheiten soll den Platz gemütlicher und wärmer machen. Daher soll ein konzentrierter Aufenthaltsbereich zwischen dem Alten Rathaus und der Fürstengalerie entstehen: drei linear angeordnete Bänke für unterschiedliche Bedürfnisse mit hoher Sitzplatzkapazität (1,20 m Tiefe, beidseitig nutzbar): im Westen ist diese geschützt, während die östliche Bank einen freien Blick auf den Platz ermöglicht, ergänzend kommt vor die Fürstengalerie eine dritte Bank.

Der westlichen Bank wird ein kleiner Spielplatz zugeordnet. Dieser soll für Geschicklichkeits-, nicht für Bewegungsspiele gestaltet sein. Im Osten wird der Bank ein begeh- & überfahrbares Wasserspiel angegliedert. Die vier Fontänen haben eine Höhe bis zu 1,2 m. Weitere Sitzbereiche entstehen entlang der Fürstengalerie und des Rathaus-Centers. Im Norden des Markplatzes, im Bereich des Personaleingangs der Fürstengalerie soll ein weiterer Ruhebereich mit einer Bank entstehen. Hier kann auch eine Platane als einziger neuer Großbaum gepflanzt werden.

Die weitere Begrünung wird durch räumliche Grenzen und funktionale Einschränkungen limitiert. Der Wunsch nach vielen Bäumen kann deshalb nicht befriedigt werden. Das Konzept enthält drei Komponenten: Großbaum (Platane) am nordwestlichen Ende, Pflanzungen in einheitlichen, bordeauxroten Kübelgefäßen „Stadtvasen“ (punktuelle Betonung), saisonale Bepflanzung in Hängegefäßen an den Laternen.

Bezüglich der Fahrradabstellmöglichkeiten fand eine Prüfung der Nutzung im Jahr 2015 statt: Daraus ergab sich, dass im Eingangsbereich der Fürstengalerie ausreichend Plätze vorhanden sind, während vor den Eingängen des Rathaus-Centers und in der Domstraße ein großes Defizit besteht. Auch hier umfasst das Konzept drei Komponenten: mehr Plätze, Neuordnung in einigen Bereichen sowie neue Abstellformen. An den Laternen soll es zusätzliche Anlehnbügel in einem Abstand von 1,30 m bis 1,50 m geben. Vor dem Bürgerbüro sollen die Bügel neu geordnet werden. Diese sollen entsprechend des südlichen Bereichs ausgerichtet werden, allerdings einen größeren Abstand zueinander haben. Den Bürgern soll vor dem Zugang zur Stadtverwaltung mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt werden. Die Kapazitätserhöhung beträgt etwa 18 bis 20 Stellplätze, die den Bedarf aber nicht abdecken. Daher sollen in der Domstraße zwei Pkw-Stellplätze zu Fahrradstellanlagen umgewidmet werden.

Über die Bürgerwünsche hinaus sollte der repräsentative Charakter des Platzes gestärkt werden. Vor der Stadtverwaltung sollten vier Flaggenmasten aufgestellt werden, wofür es zwei Varianten gibt. Weiterhin soll die Beleuchtung verbessert werden. Da vor der Stadtverwaltung die Arkade nicht beleuchtet ist, ist der Zugang sehr dunkel. Daher soll dieser Fußgängerbereich durch Bodenstrahler, wie sie bereits an der Platane und am Alten Rathaus existieren, erhellt werden. Auch die Fahnenmaste könnten beleuchtet werden.

Für die Bodenbeläge sind nur kleinere Verbesserungen im Kleinsteinpflaster geplant, da eine grundsätzliche Umgestaltung nicht erwünscht ist. Nördlich des Alten Rathauses und im Norden des Platzes könnten breitere Flächen mit Trittsteinen versehen werden, welche ein leichteres Überrollen

und Begehen ermöglichen. Die Bänderung der Ablaufrinne könnte im Bereich der Fahnenmaste hinaus gezogen werden.

Die existierenden Hinweistafeln auf dem Marktplatz und teilweise in der Umgebung sollten neu verortet werden. Der große Infopunkt, der derzeit im südlichen Platzbereich steht, könnte zur Bank vor dem Alten Rathaus verlegt werden. Dies würde auch eine bessere Platzzugänglichkeit aus Richtung Süden ermöglichen. Die Hinweistafel mit den Angaben zu den Städtepartnerschaften, welche sich jetzt in der Reinheimer Straße befindet, könnte auf den Platz versetzt und damit aufgewertet werden.

Als Fazit des Konzepts liegt dessen Schwerpunkt in der Umsetzung der geäußerten Bürgerwünsche in Kombination mit attraktivitätssteigernden Maßnahmen und Aktionen zur Stärkung des repräsentativen Charakters. Weiterhin sollen technische und sonstige Unzulänglichkeiten beseitigt werden.

Herr Wende stellt fest, dass es nicht um ein Neugestaltungskonzept, sondern nur um die Bündelung kleinteiliger Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität geht und dass die Anregungen durch Frau Kocanek gut aufgegriffen wurden.

Herr Benz ist im Großen und Ganzen einverstanden, bemerkt aber, dass es zu wenig Grün gibt. Er schlägt vor, Pflanzpyramiden aufzustellen. Bei der Beflaggung bevorzugt er die Variante 2. Zum Thema Fahrradabstellanlagen greift er das Thema Fahrradboxen und deren Verortung auf. Frau Kocanek bemerkt zum Thema Grün, dass auf dem Platz beengte Verhältnisse herrschen: Das Rangieren der Händlerfahrzeuge muss gewährleistet bleiben. Dazu wurden alle Möglichkeiten bedacht, möglichst viele Flächen zu entsiegeln. Allerdings könnte wegen der vielen Funktionen des Marktplatzes einzig im Nordwesten ein Baum gepflanzt werden, sonst werden Gefäße mit Pflanzen aufgestellt. Dabei könnten auch Pyramiden statt Vasen aufgestellt werden, was nur eine Geschmacksfrage ist. Die Wasserspiele können überfahren werden. Mehr Grün wäre allenfalls in den Randbereichen möglich, dies würde aber Folgekosten für die Pflege nach sich ziehen.

Herr Luban lobt den Entwurf, insbesondere dass für Kinder etwas geschaffen werden soll, weil diese bislang nie bedacht wurden. Er stellt fest, dass Begrünung immer Grenzen hat. Er wünscht sich eine möglichst baldige Umsetzung des Konzeptes.

Herr Hilke hebt die geplante Eingangssituation zur Stadtverwaltung hervor und fragt, ob die kleinteiligen Maßnahmen mit dem Wochenmarkt in Übereinstimmung gebracht werden können. Er verweist auch darauf, dass zu viel Grün auch problematisch für den Marktplatz sein könnte.

Herr Klemt erkundigt sich nach den Bänken. Er meint, dass diese den ganzen Tag nur im Schatten liegen würden und im Sommer eine Sitzmöglichkeit in der Sonne fehlt.

Herr Fischer findet die Planungen auch größtenteils gut und fragt, ob es eine Besprechung mit den Markthändlern gab. Deren Bewegungsfreiheit könnte zu stark eingeengt werden. Er regt an, die Markthändler im Viereck aufzustellen („Wagenburg“), so dass die Rückseiten nicht auf die Schaufensterseiten der umliegenden Geschäfte liegen. Derzeit bilden sich an Markttagen drei Wegreihen. Zudem empfiehlt er, einen Radweg zu kennzeichnen, um den Radverkehr zu kanalisieren.

Frau Kocanek stellt fest, dass die meisten Bänke, je nach Tageszeit auch in der Sonne liegen. Herr Tschepe ergänzt, dass im Sommer auch Schattenplätze nachgefragt würden. Das Thema Markt wurde mit der zuständigen Fachgruppe ausgewertet: Es ist notwendig, dass jederzeit eine Durchfahrbarkeit für Radfahrer bestehen muss. Die Anzahl der Marktstände vergrößert sich nicht nennenswert, das Konzept bietet gewisse Raumreserven. Die Idee der Wagenburg ist charmant, aber in dieser Anordnung hätten die Händler Probleme mit der An- & Ablieferung. Neue Aufstellideen sind aber ausdrücklich erwünscht.

Herr Hoffrichter wünscht sich, dass der Brunnen schnell abgebaut wird. Er bemerkt, dass optisch der Eingang des Rathaus-Centers eher als Eingang der Stadtverwaltung wirkt, als der tatsächliche Eingang der Stadtverwaltung. Er wünscht sich, dass das Pflaster vor der Stadtverwaltung andersfarbig gestaltet wird. Derlei Wasserspiele hat er zur Landesgartenschau in Prenzlau gesehen. Er fragt nach den Kosten für die Wartung. In Anbetracht der Wandlung von Pkw-Stellplätzen zu Fahrradstellplätzen sollten diese konzentriert und nicht gemischt werden.

Herr Tschepe stellt das weitere Vorgehen dar: Die Blumen für die Laternenampeln sind bestellt. Ebenso könnten die neuen Vasen noch 2016 beschafft und bepflanzt werden. Alle größeren Baumaßnahmen würden 2017 stattfinden. Alles, was heute vorgestellt wurde, soll den Bürgern vorgestellt werden. Dazu könnten die Flächen auf dem Platz visualisiert werden, sodass letzte Anregungen für Details einfließen können. Die förmliche Beschlusskette würde für den Haushalt 2017 erfolgen. Die Wasserspiele dienen als Hingucker, sind aber auch akustisch wahrnehmbar. Eine Sonderbeleuchtung der Wasserspiele für besondere Anlässe könnte installiert werden.

Herr Fischer fragt, ob eine teilweise Umsetzung für die Wasserspiele angedacht ist oder ob diese komplett realisiert werden, da sie die größte Investition darstellen. Herr Tschepe führt aus, dass die großen Maßnahmen kompakt umgesetzt werden sollten. Die Frage nach der weiteren Verwendung des alten Brunnens ist noch offen: Seine Bedeutung als Lebensbrunnen sollte mit dem neuen Standort verbunden sein.

Herr Fischer fragt, ob die Fahrradboxen im Zusammenhang mit dem Marktplatz im Heizhaus realisiert werden könnten. Herr Tschepe bemerkt, dass die Planungen an diesem Punkt noch nicht weiter sind, Boxen direkt am Marktplatz sollen aber nicht entstehen. Herr Benz präferiert die Fahrradboxen auch am Heizhaus, statt der Radstellplätze auf der Domstraße.

Herr Wende sagt, dass es nie zu viele Radplätze geben kann, schon um das Fahrrad auch als Alternative zum Pkw zu fördern. Das Centermanagement und die Markthändler sollten eingebunden werden.

Herr Tschepe findet die Anregung richtig und informiert, dass letzte Woche eine Sitzung mit Herrn Bormann und Herrn Dr. Buhl stattfand. Darin wurde die Idee der Fahrradstellplätze in der Domstraße vom Center-Manager ausdrücklich begrüßt, da hier auch keine Konkurrenz mit Festen, Märkten etc. auf dem Marktplatz entsteht.

TOP 7.2 Teilregionalplan "Windenergienutzung" hier: Stellungnahme der Stadt 6/IV/284 Fürstenwalde/Spree

Herr Tschepe legt dar, dass das Gebiet östlich der B 168 grundsätzlich als Standort für Windenergieanlagen geeignet ist, aber das Land Potenzial für eine großgewerbliche Ansiedlung sieht. Eine solche Ansiedlung ist derzeit nicht abzusehen. Der Standort ist für Nutzung und Forschung der erneuerbaren Energien besser geeignet.

Herr Wende regt an, dass das Beachten der Belange des Vogelschutzes („Helgoländer Papier“) der Regionalen Planungsgemeinschaft im Rahmen der Beteiligung empfohlen wird.

Herr T. Aplitz fragt nach der Verzögerung, welche durch das Einbringen der Empfehlung entstehen könnte. Herr Wende sagt, dass diese unbekannt sei, aber die Belange des Tierschutzes berücksichtigt werden sollten. Die einhergehenden Beobachtungen müssten dokumentiert werden. Herr Rump hat sich bereits dafür ausgesprochen.

Herr Fischer merkt an, dass das Helgoländer Papier in anderen Kommunen umstritten ist und fragt nach den möglichen Auswirkungen der von der Stadt vorgelegten Stellungnahme. Herr Tschepe führt aus, dass zweigleisig gefahren werden soll: Einerseits soll durch den Einwand eine Änderung des Teilregionalplans erreicht werden soll. Dies würde automatisch eine Verzögerung von etwa sechs bis neun Monaten bedeuten, da wegen der Änderungen erneut beteiligt werden müsste. Allerdings sind auch Änderungswünsche von anderen Kommunen zu erwarten, so dass dies ohnehin zu erwarten ist.

Parallel wird die Bauleitplanung, gemäß dem Auftrag vom 10.09.2015 angeschoben. Ein Zielabweichungsverfahren wird beantragt. Die Gefährdung von Vögeln und Fledermäusen durch Windkraftanlagen kann nicht wegdiskutiert werden und soll explizit am Standort erforscht werden.

Herr Wende fragt, ob seine Ergänzung weitergetragen wird oder darüber abgestimmt werden soll. Herr Tschepe bittet um Abstimmung. Darauf bemerkt Herr Fischer, dass es eine Informationsdrucksache ist und diese eine Abstimmung nicht vorsieht. Daher wird das BFZ nicht mit abstimmen. Herr

Wende erinnert daran, dass die Stellungnahme der Stadt im Ausschuss vorgestellt und diskutiert werden sollte. Herr Tschepe bemerkt, dass die Informationsdrucksache frühzeitig im Netz verfügbar ist, damit die Stadtverordneten auch Einfluss nehmen können. Herr Fischer sagt, dass der Stadtentwicklungsausschuss nicht die Stadtverordnetenversammlung ist. Dort müsste der Tagesordnungspunkt erneut besprochen werden. Herr Hilke fügt an, dass die Stellungnahme des Hauptverwaltungsbeamten Aufgabe des Bürgermeisters sei. Die gegebenen Hinweise kann dieser nach eigenem Ermessen zufügen oder nicht.

Es findet keine Abstimmung statt.

TOP 7.3 Ausführungsbeschluss Nebenanlagen Reinheimer Straße, 1. und 2. 6/DS/285 Bauabschnitt

Herr Tschepe sagt, dass Herr Schmidt (Baumexperte der Stadt) als Antwort auf die Nachfrage von Herrn Luban aus der letzten Ausschusssitzung erklärt hat, dass die vier Bäume an der Reinheimer Straße stark beschädigte und nicht erhaltungswürdige Mehlbeeren seien.

Auf Nachfrage von Herrn Wende führt Herr Tschepe aus, dass zusätzlich der Eschenahorn am östlichen Ende weggenommen wird, da er geschädigt ist.

Beschlussvorschlag:

1. Die Aufhebung der DS 5/080, Ausführungsbeschluss Abriss Bananenkeller und Umgestaltung Paradeplatz vom 30.04.2009, wird beschlossen.
2. Die Ausführung des 1. und 2. Bauabschnittes der Nebenanlagen in der Reinheimer Straße wird entsprechend vorliegender Ausführungsplanung beschlossen.

Zustimmung Ja 8 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.4 Ausführungsbeschluss und Abschnittsbildung Ausbau Alte Neuendorfer Straße 6/DS/286 Straße

Herr Tschepe verdeutlicht, dass die Maßnahme mehrere Missstände lösen würde: schlechter Zustand der Straße, fehlende Beleuchtung und Nutzung von Mitteln im Zusammenhang mit dem Sanierungsgebiet. Die Erhebung von Erschließungsbeiträgen im Sanierungsgebiet „Mitte“ ist erforderlich, da im Gegensatz zum Sanierungsgebiet „Erweitertes Domumfeld“ kein umfassendes Verfahren stattgefunden hat.

Beschlussvorschlag:

1. Die Ausführung des Ausbaues der Alten Neuendorfer Straße von der Bergstraße bis zur Seelower Straße wird, entsprechend der vorliegenden Planung, beschlossen.
2. Für die Beitragserhebungen wird die Bildung des Abschnittes Alte Neuendorfer Straße von der Bergstraße bis zur Seelower Straße beschlossen.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.5 Ausführungsbeschluss Erschließung Ketschendorfer Feldmark 1. Abschnitt 6/DS/287 schnitt

Herr Tschepe führt aus, dass aufgrund der Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt der geänderte Bebauungsplan in die erneute Beteiligung gehen muss. Der abzusehende Zeitpunkt der Realisierung der Straßenbaumaßnahmen ist kompatibel zur absehbaren Festsetzung des Bebauungsplans. Im Herbst 2016 sollen erste Maßnahmen erfolgen, die Fertigstellung ist im Frühjahr 2017 zu erwarten.

Herr Wende erkundigt sich nach dem Hintergrund, warum die Planstraße 1 im Gegensatz zu allen anderen Straßen nicht als verkehrsberuhigter Bereich ausgeführt werden soll. Herr Tschepe erklärt, dass die verkehrsberuhigten Straßen eine gemeinsame Verkehrsfläche für alle Verkehrsteilnehmer haben und nur mit Schrittgeschwindigkeit befahren werden dürfen. Da Planstraße 1 die Verbindung der Krausestraße zur Langewahler Straße darstellt, wird sie als Tempo-30-Straße gebaut. Diese Lösung ist ein Kompromiss und dadurch bedingt, dass keine allzu großen verkehrsberuhigten Bereiche entstehen sollen, um Rettungsdiensten etc. eine schnelle Anfahrt im Gebiet zu ermöglichen.

Herr Hoffrichter erkundigt sich nach der Leuchtentypen. Er bezweifelt, dass dieser für den Bebauungstyp geeignet ist. Er wünscht sich mehr Licht in der Fläche und zeigt das Bild einer gestalteten Leuchte (Mastaufsatzleuchte). Herr Tschepe führt aus, dass gestaltete LED-Leuchten eine hohe Blendwirkung haben, sodass diese möglichst nur nach unten strahlen sollen. Bei der Verwendung von Milchglas oder Ähnlichem wäre die Effektivität geringer ist und eine Erhöhung der Leuchtenanzahl nötig. Herr Hemmerling regt an, eine größere Fläche auszuleuchten. Dies kann auch ohne Blendwirkung geschehen. Der Leuchtentyp soll zum nächsten Ausschuss geprüft werden.

Herr Fischer fragt, warum nur in Planstraße 1 Asphalt verwendet wird, während die anderen Straßen lautes Betonsteinpflaster mit Pollern zur Temporeduzierung erhalten. Daraufhin führt Herr Tschepe aus, dass aufgrund der schlechten Erfahrungen an anderen Stellen keine Schwellen vorgesehen sind und stattdessen Versetzungen einen Anreiz zum Langsamfahren geben sollen. Zudem werden nur ungefaste Pflastersteine verwendet. Pflastersteine sind aber notwendig, weil unter Fahrbahn Medien verlegt werden, die auch für Ergänzungen, Reparaturen etc. zugänglich sein müssen. Zudem muss auch das Ausgasen bei einem denkbaren Gasleitungsleck ermöglicht werden, was bei Asphaltdecken nicht der Fall ist.

Beschlussvorschlag:

Die Ausführung des Bauvorhabens Erschließung Ketschendorfer Feldmark, 1. Abschnitt, wird entsprechend der vorliegenden Planung, einschließlich Trink- und Abwasserleitungen, beschlossen.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Herr Tschepe ergänzt, dass zum einen Alternativvorschläge für die Beleuchtung am 26.04.2016 vorgestellt werden und fragt zum anderen, ob aufgrund der engen Zeitschiene schon vor dem 12.05.2016 der Start der Ausschreibung erfolgen kann, auch unter dem Risiko, dass die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss nicht fasst bzw. ändert. Anderenfalls gäbe es vor allem in der Reinheimer Straße Probleme mit der rechtzeitigen Ausführung zur Fertigstellung der Seniorenresidenz. Dazu gibt es keine Einwendungen durch den Ausschuss.

TOP 7.6 Straßenbenennung im Gebiet Ketschendorfer Feldmark (BE: 6/DS/264 Fr. Albrecht, Fr. Trilling, Hr. Strohfeldt)

Herr Wende stellt heraus, dass der Grundsatzbeschluss, neue Straße nach Frauen zu benennen, in diesem Gebiet konsequent umgesetzt wird. Die Fraktionsvorschläge wurden bedacht und es geht in der Sache darum, den Straßen die Namen zuzuordnen.

Frau Albrecht präsentiert die planerischen Grundlagen. Es sollen sieben Straßen und ein Weg benannt werden. Sie stellt das Problem eines Grundstückseigentümers im nördlichen Abschnitt des Heuwegs dar: Hier besteht ein Gewerbebetrieb, dessen Inhaber darum gebeten hat, statt des nördlichen Heuwegs, den südlichen Abschnitt umzubenennen.

Frau Trilling ist erfreut, dass mit der Vergabe von acht „weiblichen“ Straßennamen in einem zusammenhängenden Gebiet eine gelungene Umsetzung der Gleichstellungskonzeption von 2012 erfolgt. Sie stellt die Biografien der ersten vier Frauen vor: Charlotte Fenske (Mitarbeiterin in der „roten Hilfe“, 1936 vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats verurteilt), Annemirl Bauer (ostdeutsche Künstlerin und Dissidentin), Lily Braun (sozialdemokratische Frauenrechtlerin, Erfinderin des Einküchenhaus), Charlotte Apel (Diakonisse der Domgemeinde).

Herr Strohfeldt ergänzt die Biografien der weiteren vier Frauen: Edeltraut Soot (Lehrerin an der Aufbauschule, 1953 wegen Boykotttätze verurteilt), Emma Reich (Erzieherin an der ersten deutschen Taubstummenschule in der Alten Neuendorfer Straße, Internatsleiterin), Frieda Engel (Fotografin), Marie Grasnack (Frauen- & Jungfrauenverein, Marienheim).

Herr Fischer fragt, ob einige Straßenzüge namenstechnisch zusammengefasst werden könnten. Herr Wende verweist auf daraus folgende Probleme mit der einhergehenden Notwendigkeit einer späteren Bereinigung. Herr Tschepe bekräftigt dies und führt aus, dass die Erfahrung z.B. aus der Feldstraße, Ausbau Ost oder Erich-Weinert-Siedlung zeigen, dass gleichnamige Straßen mit Versätzen ungünstig sind.

Der Vorsitzende unterbreitet einen Vorschlag zur Zuordnung der Namen zu den Straßen. Nach der Begründung stellt er diesen zur Diskussion. Zu diesen Vorschlägen gibt es keine Ablehnung. Aufgrund der möglichen Verwechslungsgefahr mit der Friedrich-Engels-Straße soll abweichend vom Vorschlag Frieda-Engel-Straße der Name Frieda-Engel-Weg vergeben werden.

Bei der Frage, ob der Nord- oder Südteil des Heuwegs umbenannt werden soll, werden die Belange des Handwerkers im Norden denen der Bewohner und der Stadt (Hort Wirbelwind) im Süden gegenübergestellt und aufgrund der geringeren Anzahl der Betroffenen entschieden, den nördlichen Teil umzubenennen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die im beiliegenden Lageplan dargestellten Straßen und Wege im Gebiet des Rahmenplans „Ketschendorfer Feldmark“ wie folgt zu benennen:

- 1 Frieda-Engel-Weg
- 2 Charlotte-Apel-Straße
- 3 Edeltraut-Soot-Straße
- 4 Annemirl-Bauer-Straße
- 5 Charlotte-Fenske-Straße
- 6 Lily-Braun-Straße
- 7 Emma-Reich-Straße
- 8 Marie-Grasnack-Weg

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.7 Benennung von öffentlichen Plätzen und Straßen, hier: Platz im 6/DS/265 Domumfeld (BE: Fr. Albrecht, Hr. Strohfeldt)

Frau Albrecht verweist darauf, dass der betreffende Platz einst Paradeplatz hieß und auch heute noch öffentlich so bezeichnet wird. Sie übergibt das Wort an Herrn Strohfeldt. Er beschreibt die Historie des Platzes und den Hintergrund des Namens. So war der (frühere) Paradeplatz etwa von 1687 bis 1897 der Versammlungsort der bei Bürgern einquartierten Soldaten. Erst durch Bau der Kaserne in der Gartenstraße verlor der Platz diese Funktion. Der Name Paradeplatz ist schon 1725 auf der ältesten Stadtkarte Fürstenwaldes belegt. Er befürwortet die Vergabe des historischen Namens auch für die kleinere Platzfläche, auch als Erinnerung der militärischen Geschichte der Stadt.

Herr T. Apitz hinterfragt zunächst die Bezeichnung Platz für die geplante Fläche. Vor allem kritisiert er den Namen. Dieser sei in der Stadtverwaltung eingeführt, aber in den Medien und in der Bevölkerung recht unbekannt. Er erkennt das militärische Erbe der Stadt an, spricht sich aber gegen die militärische Tradition aus und schlägt stattdessen den Namen Petra-Kelly-Platz vor.

Herr Hoffrichter verweist darauf, dass der Platz lange vor der Nazizeit eine Tradition hat. Die traditionsreiche Bezeichnung verschwindet 1945 vor allem deshalb, weil die Stadt zerstört war. Das Militär ist Teil der politischen Kultur. Seine Funktion ist nicht entsprechend aufgeladen wie beispielsweise die Garnisonskirche in Potsdam.

Herr Luban meint, dass der Name nach mehr klingt, als das was übrig ist. Die Bezeichnung soll nur ein Hinweis sein, auf das was da mal war. Die Stadt sollte sich ihrer Geschichte bewusst sein und diese nicht einfach wegwischen. Er bemerkt auch, dass gerade die Ulanenoffiziere der Stadt gegen Hitler opponiert hatten.

Herr Wende sagt, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte im Ergebnis auch einen neuen, mit Frieden verbundenen Namen hervorbringen kann.

Herr Fischer hält beide Ansätze für nachvollziehbar und regt eine Diskussion in seiner Fraktion an. Er meint, dass auch andere Verweise als auf Petra Kelly möglich wären und stellt die Version Am Paradeplatz zur Diskussion.

Herr Strohfeldt stellt klar, dass die militärische Geschichte des Platzes 1897 endet, also lange vor der Wehrmacht. Zudem sind auch heute Armeen noch vorhanden. Der Platz wurde nicht für Waffenparaden genutzt, sondern der Begriff Parade bedeutete in diesem Zusammenhang das Zusammen-trommeln der Soldaten.

Herr T. Apitz erklärt, dass Geschichte nicht hingenommen werden muss, sondern dass damit umzugehen ist. Es ist kein Aufgreifen des historischen Bestands, sondern eine Neubenennung. Petra Kelly ist bewusst als Kontrapunkt gewählt.

Herr Wende verweist auf die letzte Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung und die Chance, dort noch die Benennung gegebenenfalls zu korrigieren. Dann kann auch über abweichende Varianten (Am Paradeplatz) abgestimmt werden. Herr Strohfeldt spricht sich für die historische Variante (ohne Am) aus, da der Platz größer wahrgenommen wird, als es die eigentliche zu benennende Verkehrsfläche ist.

Der Vorsitzende lässt über beide Namensvorschläge abstimmen. Für Petra-Kelly-Platz stimmt ein Abgeordneter, für Paradeplatz stimmen sieben Abgeordnete. Damit wird der Beschlussvorschlag nicht geändert.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Platzanlage zwischen Domplatz und Reinheimer Str. mit Paradeplatz zu benennen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.8 Benennung von öffentlichen Plätzen und Straßen, hier: Hauptweg im 6/DS/291 Stadtpark (BE: Fr. Albrecht, Hr. Strohfeldt)

Frau Albrecht verortet den neu zu benennenden Weg als Hauptachse des Stadtparks zwischen Parkallee und Am Festplatz.

Herr Strohfeldt wirft zunächst die Frage auf, ob die Bezeichnung Heiderreiter korrekt ist, oder Heideherr die richtige Form ist. Der Heideherr Friedrich Schultze ist der Begründer des Stadtparks. 1836 legte er an der „Langen Bahn“, der heute eichenbestandenen Allee zur Pintschbrücke, den Stadtpark an. Dieser wurde von den Fürstenwäldern zunächst als „Schultzens Unsinn“ bezeichnet. Innerhalb einer Dekade wandelte sich die Stimmung zugunsten des Parks. Dieser wurde nach Norden vergrößert.

Herr Tschepe regt an, die Vorlage in Heideherr-Schultze-Weg zu ändern, falls diese Bezeichnung richtig sein sollte.

Herr Wende fragt, ob in diesem Zusammenhang die Adressen des Parkclubs und des Heimattiergartens geändert werden müssen. Darauf antwortet Herr Tschepe, dass beide Objekte in die Dr.-Wilhelm-Külz-Straße einnummeriert sind. Sollte der Verbindungsweg, der beide mit der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße verbindet, einen neuen Namen bekommen, würden sie adresstechnisch diesem zugeordnet. Hierzu sind Namensanregungen erwünscht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den in Ost-West-Richtung verlaufenden Hauptweg durch den Stadtpark zwischen Parkallee und Am Festplatz mit Heidereiter-Schultze-Weg zu benennen.

Zustimmung Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.9 Benennung von öffentlichen Plätzen und Straßen, hier: Weg in Trebus 6/DS/288 (BE: Hr. Witte)

Herr Witte präsentiert die Lage des Weges und den Hintergrund der eigenständigen Benennung des Weges: Der offiziell unbenannte Weg ist vielen Trebusern als Förstereiweg bekannt. Adresstechnisch ist er dem Hangelsberger Weg zugeordnet, was viele Probleme beim Auffinden der im Weg liegenden Hausnummer nach sich zieht. Daher soll er einen eigenständigen Namen bekommen.

Neben dem Namen Förstereiweg wurden in Zusammenarbeit mit Herrn Strohfeldt die Namen Hasenpühlweg und Fuchsbergweg als ortsspezifische Bezeichnungen erdacht. Anliegenden Grundstückseigentümern wurden die Namensvorschläge im Zuge eines Anhörungsverfahrens unterbreitet und die Möglichkeit eingeräumt, Stellung zu nehmen. Es gab einige Rückmeldungen, welche sich grundsätzlich positiv zur eigenständigen Benennung äußerten. Insgesamt vier Stimmen vereinte der Vorschlag Förstereiweg auf sich, für den Vorschlag Hasenpühlweg sprach sich eine Person aus, während der Name Fuchsbergweg keine Zustimmung erhielt.

Herr Hemmerling verweist auf die Mehrheit der Stimmen für den Namen Förstereiweg und hofft, dass sich eine ähnliche Situation wie bei der Benennung eines Weges im Ausbau Ost, wo die Stadtverordnetenversammlung dem Vorschlag des Stadtentwicklungsausschusses nach Anwohnerprotesten nicht folgte, nicht wiederholt. Herr Wende pflichtet dem bei.

Herr Hoffrichter fragt, ob das Eckgrundstück, welches neu bebaut wird, dem Förstereiweg oder dem Hangelsberger Weg zugeordnet wird. Herr Witte sagt, dass dieses Grundstück dem Hangelsberger Weg zugeordnet bleibt.

Herr Hamacher erkundigt sich nach dem Grad der Beteiligung. Herr Witte sagt, dass die Anzahl der Beteiligten etwa acht bis zehn ausmache, wodurch fünf Stimmen schon einen hohen Rücklauf darstellen.

Herr Wende lässt über die Alternativen abstimmen. Für Förstereiweg stimmen sieben Mitglieder, für die anderen Vorschläge stimmt niemand.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den im Ortsteil gelegenen Straßenzug zwischen Hangelsberger Weg und Gemarkungsgrenze in Förstereiweg zu benennen.

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.10 Grundsatzbeschluss zur Sanierungs- und Umbaumaßnahme der Dach- 6/DS/290

eindeckung KITA "Matroschka" (BE: Hr. Fettke)

Herr Fettke verweist auf das Positivbeispiel des Dachumbaus der Kita Regenbogen. Auf Nachfrage von Herrn Wende, stellt er klar, dass beide Maßnahmen vom selben Planungsbüro bearbeitet werden, wobei beide Gebäude unterschiedliche Typenbauten sind. Die Planungsleistung ist ca. 5.000 Euro günstiger, da das Büro auf erarbeitete Grundlagen zurückgreifen konnte. Die Vergabe erfolgte ohne Ausschreibung, da kein Preisunterschied aufgrund der Vergabe nach Honorarordnung zu erwarten war. Das Büro wäre bei einem Auswahlverfahren als Favorit herausgegangen.

Herr Hamacher fragte nach der hohen Summe für Bodenarbeiten bei Arbeiten am Dach. Herr Fettke erläutert, dass von innenliegender Dachentwässerung auf außenliegende Entwässerung über Dachrinnen umgestellt wird, was einen Entwässerungsring um das Gebäude notwendig macht.

Herr Fischer findet die Bezeichnung Grundsatzbeschluss nicht richtig, da schon Vorarbeiten durch die Verwaltung stattfanden. Herr Tschepe verweist auf eine Dienstanweisung des Kämmers in Anlehnung an das Procedere im Landkreis. Sie besagt, dass einer Bedarfsanmeldung durch die zuständige Fachgruppe eine Grundlagenklärung mit Vorentwurf und Kostenschätzung durch den Fachbereich folgen. Auf dieser Grundlage wird der Grundsatzbeschluss dem Ausschuss vorgelegt, damit dieser der Vorlage zustimmen, ablehnen oder diese ändern kann. Bei Zustimmung werden die Leistungsphasen 3 und 4 beauftragt. Mit den Ergebnissen dieser Leistungsphasen wird dem Ausschuss der Baubeschluss vorgelegt, woraufhin diese bei Zustimmung umgesetzt werden. Demzufolge ist das Handeln dienstweisungskonform. Herr Hamacher verweist auf verschiedene Vorgehensweisen in der Vergangenheit.

Herr Klemt fragt, ob die danebenliegende baugleiche Kita Drushba auch betrachtet wurde. Herr Fettke antwortet, dass das Dach in den nächsten 14 Tagen auch betrachtet wird.

Auf Herrn Fischers Nachfrage nach den in der Drucksache beschriebenen Arbeiten in Eigenleistung erklärt Herr Fettke, dass diese Dachdeckerarbeiten bei der Beurteilung keine Rolle spielen, weil sie schon 1992 stattfanden.

Beschlussvorschlag:

Die Durchführung des Bauvorhabens „Sanierung und Umbau der Dacheindeckung KITA Matroschka“ in der Frankfurter Str. 26B und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur LPH 4 nach HOAI, auf der Grundlage der Ergebnisse aus der Vorplanung, wird beschlossen.

Zustimmung Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 7.11 Übersicht Auftragsvergabe im Fachbereich Stadtentwicklung 2015 (BE: Hr. Fettke)

Die Unterlagen waren bereits im Netz eingestellt.

Herr Fettke erklärt, dass im Vergleich zu den Vorjahren im Jahr 2015 viele kleinteilige Maßnahmen stattfanden. So waren es im Jahr 2009 235 Aufträge in einer Volumenhöhe von 4,3 Mio. Euro. Im Jahr 2015 waren es 382 Aufträge in Gesamthöhe von 3,9 Mio. Euro.

Herr Hamacher fragt nach dem Hintergrund der Aufteilung auf alte und neue Bundesländer. Herr Fettke erklärt, dass dies nur ein Regionalbezug darstellen soll, keine Trennung. Herr Wende spricht die Tradition der Liste an und den Wunsch, die Wirtschaft in den neuen Bundesländern zu unterstützen. Herr Hoffrichter verweist darauf, dass diese Trennung aus dem Programm Aufbau Ost kommt, in dem es andere Förderrichtlinien gab und auch nach Auslaufen des Programms weitergeführt wurde. Möglicherweise wäre künftig ein neuer Regionalbezug sinnvoll.

TOP 8 Informationen der Verwaltung (BE: Hr. Tschepe, Hr. Fettke)

Herr Tschepe informiert, dass ein neues Faltblatt zur Biodiversität erstellt wurde, was auf den Tischen ausliegt. Grundlage dazu ist ein Beschluss im letzten Jahr zum Thema. Das Faltblatt stellt die erste Stufe zum weiteren Prozess dar und soll an das Thema heranzuführen. Anregungen zum Thema sind willkommen.

Zur Baumaßnahme „Bahnhofstraße“ im Zusammenhang mit der L 35 Süd (August-Bebel-Straße) hat er bereits auf notwendige Maßnahmen an den Bushaltestellen und einigen Anschlüssen hingewiesen. Als weiteres Argument für den Straßenbaunennerte er Maßnahmen des Zweckverbands an Wasser- und Entwässerungsleitungen für die die Bahnhofstraße ohnehin bis zur Poststraße aufgebroschen werden muss.

Die Submission des Mitfahrerparkplatzes fand am 07.04.2016 statt. Die Kosten bleiben unter dem geschätzten Rahmen. Diese werden ohnehin vom Bund getragen.

Die Umpflanzung der Esskastanie auf dem Ketschendorfer Anger wurde auf Ende April verlegt, während die Rotbuche bereits umgesetzt wurde.

Am Martin-Luther-Platz fanden Rosenpflanzungen statt. Dies war ein Projekt aus dem Bürgerbudget.

Im Stadtpark steht die Grundierung und Farbgebung der Brunnenfläche aus. Dazu müssen die Nächte frostfrei und die Temperaturen höher als 10°C sein. Erst danach kann der Brunnen angestellt werden.

An der Straße an der Bäderbahn fand eine Verkehrszählung durch den Landkreis statt, dessen Ergebnisse am 26.04.2016 aufbereitet präsentiert werden sollen. Tendenziell ist weniger Verkehr gemessen worden als erwartet.

Die Bauarbeiten an der Fischerstraße werden Ende der Woche beendet sein.

Bezüglich der von Herrn Almer angesprochenen Altreifenlagerung gibt es noch keine Neuigkeiten vom Landkreis. Dieser verfolgt den Vorgang, hat aber Personalengpässe.

Zur Kreisgestaltung nach der Aufstellung der Boje wurde ein Informationsblatt erstellt, welches den Ausschussmitgliedern ausgehändigt wird.

Herr Fettke erklärt, dass vier von acht Losen für die Fassadensanierung an der Sigmund-Jähn-Grundschule bereits vergeben wurden: Gerüstbauarbeiten 44.000 Euro, Fassadensanierung 278.000 Euro, Jalousieanlagen 41.400 Euro, Dachdecker und -klempnerarbeiten 37.100 Euro.

Vier Lose sind noch auszuschreiben: Außentreppen, Vordächer, Elektroarbeiten und die Wandbilder. Die eingeplanten Mittel von 600.000 Euro werden bislang übertroffen (624.000 Euro), wobei die auszuschreibenden Maßnahmen die Summe möglicherweise nach unten korrigieren. Die Planungsleistungen haben einen Gesamtwert von knapp 93.000 Euro.

Auf die Frage von Herrn Wende aus dem letzten Ausschuss nach den Maler- und Tapezierarbeiten in den Klassenräumen der Sigmund-Jähn-Grundschule führt er aus, dass 2015 in drei Klassenräumen Sanierungs-, Maler- und Bodenbelagsarbeiten stattfanden. Dahingehend war Frau Teschs E-Mail missverständlich formuliert. Zusätzlich wurde ein Flur teilweise gemalert.

In diesem Jahr sind Arbeiten mit einem Umfang von 18.000 Euro geplant. In der Schule gibt es eine neue Willkommensklasse. Dafür wird ein Klassenraum komplett instandgesetzt. Weiterhin werden Treppenhäuser und Flure malermäßig instandgesetzt. Am Donnerstag (14.04.2016) findet eine diesbezügliche Abstimmung mit Frau Tesch statt. Dies ist das generelle Verfahren.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Dem Vorschlag von Herrn Wende im letzten Ausschuss zur geplanten Vorverschiebung der Sitzung vom 05.07.2016 auf den 28.06.2016 wird einstimmig zugestimmt. Eine entsprechende Information soll an Frau Koch ergehen, damit sie die Verschiebung im Ratsinfosystem einträgt.

Herr Hoffrichter teilt mit, dass er im Zustand der Quelleinfassung am Trebuser See ein hohes Gefährdungspotenzial sieht, da aufgrund des schlechten Zustands sich darauf spielende Kinder verletzen könnten. Hier sollte der Stadforst Sicherungsmaßnahmen durchführen.

Weiterhin fragt er an, ob es möglich wäre, an der Ampel Lindenstraße zur Geschwister-Scholl-Straße einen Leuchtpfeil für Rechtsabbieger zu installieren.

Herr Starcken erkundigt sich nach dem Stand zur Straßenabsenkung in der Juri-Gagarin-Straße vor der Lacufa-Verwaltung, welche im Oktober gemeldet wurde. Herr Tschepe informiert, dass die Absenkung unter Beobachtung steht, aber noch kein dringender Handlungsbedarf besteht.

Weiterhin gibt er neben der Asphaltaufwölbung in der Lindenstraße auch den Hinweis, dass die Führung der Radfahrer vom Geh- und Radweg Schloßstraße zur Fahrbahn Lindenstraße ungünstig ist, da die Radfahrer zwei Pfosten passieren müssen.

Herr Almes fragt nach dem Stand zur angedachten Erstellung eines Mietspiegels für Fürstenwalde/Spree. Er empfiehlt, Hausverwaltungen an der Finanzierung zu beteiligen. Er fragt, ob die Granitsteine aus dem Kleinsteinpflasterband in den Straßenborden in der vor einigen Jahren erneuerten August-Bebel-Straße, welche sich lösen und auch schon teilweise durch Teer ersetzt wurden, wieder eingebaut werden oder ob sie nur noch durch Teer ersetzt würden. Er bemängelt den Sauberkeitszustand des Bahnhofsvorfelds. Das Gebiet ist ab der Commerzbank mit Kippen, Kondomen etc. verschmutzt. Hier sollte der Betriebshof aktiver bei der Reinigung sein. Herr Tschepe bemerkt, dass die Themen Reinigung und Mietspiegel an den Fachbereich 3 weitergegeben werden. Herr Wende möchte, dass die Antworten der anderen Ausschüsse zu diesem Thema im Stadtentwicklungsausschuss präsentiert werden.

Herr Fischer fragt beziehungsweise auf die heutige Tagung des Ortsbeirats nach dem Sachstand zum Anger in Molkenberg. Herr Tschepe führt aus, dass die Sache derzeit ruht, da die Ergebnisse des 2014 durchgeführten Workshops schon 2015 nicht mehr bevorzugt wurden. Es gab innerhalb Molkenbergs Unstimmigkeiten bei einigen Details: Verlagerung Tanzfläche, Teich, Spielflächen und -geräte. Hier wird ein neuer Kenntnisstand nachgefragt.

Herr Wende bittet um Prüfung der Förderung der Maßnahme in Molkenberg aus dem Förderprogramm zur Förderung ländlicher Räume. Herr Tschepe sagt, dass es seitens der Stadt einige Anläufe gab, Molkenberg in den ländlichen Raum zuordnen zu können, so dass die Fördergrundlage gegeben ist. In der aktuellen Förderperiode stellt sich dies als schwierig, nahezu unmöglich dar.

Herr Fischer erkundigt sich nach dem Stand der Anfragen nach der Querungshilfe in der Johann-Sebastian-Bach-Straße (Höhe Sparkasse), den Lichtpunkten im Tunnel und zur Parkanordnung in der Straße Am Stadtpark. Herr Tschepe bemerkt, dass die Anfragen weitergeleitet wurden und ein querungsfreundlicher Umbau in der Bachstraße in diesem Jahr passieren soll.

Herr Lehmann kritisiert, dass in Teilen des Rauener Kirchwegs kein Gehweg vorhanden ist und die Menschen auf der Fahrbahn laufen müssen. Weil die hier befindliche Kurve nicht einsehbar ist, besteht ein Gefährdungspotenzial. Dieses Problem wird bei Dunkelheit verstärkt. Herr Tschepe sagt, dass das weitergegeben wird und führt aus, dass auch an anderen Stellen der Stadt, z.B. in der Straße Am Bahndamm ähnliche Probleme bestehen.

Herr Hemmerling fragt nach der Chance, die parkenden Autos auf Gehwegen im Bahnhofsumfeld zu entfernen. Herr Wende ergänzt, dass das Ganze gerade in Stoßzeiten besonders problematisch sei. Herr Hemmerling wünscht sich eine generelle Lösung des Problems, woraufhin Herr Wende auf den Ausschuss am 26.04.2016 verweist. Herr Tschepe informiert, dass es sich um ein großes Grundstück mit einem Eigentümer handelt. Dieser hat zunächst Verkaufsabsichten signalisiert, später aber diese Absicht widerrufen. Um das Grundstück in Besitz zu bringen, bedarf es großer rechtlicher Klimmzüge.

Herr Almes erkundigt sich, ob auf der Spreebrücke (Altstadtbrücke) die Sperren entfernt und ggf. durch Poller ersetzt werden könnten, da dort oft brenzliche Situationen zu beobachten sind. Herr Tschepe sagt, dass nach Auswertung ihrer Statistiken die Polizei und das Ordnungsamt keine Probleme darin gesehen haben.

Herr Fischer bemerkt, dass die Parksituation in der Straße Altstadt am Rudersportgelände unbefriedigend ist. Es ist ein unschöner Anblick, da die Grünfläche als solche nicht mehr erkennbar ist. Hier wäre eine Regelung vonnöten. Herr Tschepe befürwortet entsprechende Maßnahmen. Er informiert, dass dort nach Aussage des Ordnungsamtes in der Drachenbootsaison etwa 40 bis 80 Pkw abgestellt würden. Er wünsche sich Rückendeckung für eine härtere Gangart gegen das Treiben. Aller-

dings meint er, dass solange der Standort bestünde, das Problem wohl nicht in den Griff zu bekommen sei. Herr Fischer verweist auf die Parkplätze am Stadtpark und argumentiert auch mit Natur- und Gewässerschutz. Herr Klemt verweist auf das Brachgelände an der Leistikowstraße als Parkplatz.

Herr Wende fragt nach den Weichselkirschen am Grasnickenbrunnen und bemerkt, dass diese noch nie geblüht hätten. Er will wissen, ob dies normal sei. Herr Tschepe gibt die Frage weiter.

Herr Wende fragt, warum der Ausschuss beim KWU-Neubau nicht involviert wurde. Er findet, es sei keine architektonische Meisterleistung. Herr Tschepe informiert, dass die KWU auf einem kreiseigenen Grundstück baut. Herr Tschepe bemerkt, dass der Landkreis Bauherr und auch Genehmigungsbehörde ist, daher wird die Stadt erst im Baugenehmigungsverfahren beteiligt. Es gab keine vorgezogenen Informationen oder Abstimmungen.

Herr Wende bemerkt, dass die AWO ihr Projekt vorgestellt hatte. Daraufhin bemerkt Herr Tschepe, dass Private meist offensiver als der Landkreis sind.

Herr Fischer fragt nach der inhaltlichen Ausführung in der Gestaltungssatzung für Baulücken, wenn weitere Baulücken geschlossen würden. Herr Tschepe sagt, dass die Gestaltungssatzung nicht für jedes Grundstück einzelne Vorgaben machen kann und dass das KWU-Gebäude über §34 BauGB errichtet wird, welcher Interpretationsspielräume bietet. Dieses unterscheidet das Projekt auch von der AWO, welche einen Bebauungsplan benötigt.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Teil der Ausschusssitzung wird um 22:32 Uhr beendet.

Stephan Wende

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer